



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Friedrich, Carl: Die Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung : 2. Die jüngsten Vereinsjahre.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Die Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung.

2. Die jüngsten Vereinsjahre.

Von Dr. Carl Friedrich.

Die zweite ordentliche Generalversammlung der Gesellschaft, die nächste nach der ersten constituirenden, ward in Darmstadt abgehalten, und erfreute sich nicht nur eines zahlreichen Besuches von Mitgliedern und Freunden der Gesellschaft, sondern auch einer sehr sympathischen Aufnahme und Begrüßung seitens der städtischen Behörden und einer andauernden theilnahmevollen Beachtung von Mitgliedern des großherzogl. hessischen Ministeriums, ja von einem Prinzen des Herrscherhauses selbst.

Unter den dort verhandelten Themen sind besonders hervorzuheben: die Fortbildungsschulen und die Volksbibliotheken. In Bezug auf die ersteren nahm die Versammlung einen von Schulze-Delitzsch und Franz Duncker gemeinsam eingebrachten Antrag an, dahin gehend:

„Die Generalversammlung fordert die Mitglieder und Zweigvereine der Gesellschaft auf, in sämtlichen deutschen Staaten für die Gründung von Fortbildungsschulen und Herbeiführung des obligatorischen Besuchs derselben zu wirken.“

Wegen der Volksbibliotheken ward beschlossen, „die Zweig- und Ortsbildungsvereine aufzufordern, mit der Einrichtung von Volksbibliotheken vorzugehen. Man erkannte in denselben mit Recht ein Mittel, die Resultate der Wissenschaft unter die Masse des Volks zu bringen.“ Die „Einführung des methodischen Zeichenunterrichts in die Volksschule“ ward von der Versammlung als wünschens- und erstrebenswerth bezeichnet. Die zweite Generalversammlung hatte sich auch mit einer Revision des in der ersten festgesetzten Gesellschaftsstatuts beschäftigt. In diesem revidirten Statut lauten die beiden wichtigsten Paragraphen, I. und II., welche den Zweck der Gesellschaft und die zu dessen Erreichung anzuwendenden Mittel angeben, folgendermaßen:

§. I. „Der unter dem Namen „Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung“ gegründete Verein hat seinen Sitz in Berlin und verfolgt den Zweck, der städtischen und ländlichen Bevölkerung, welcher durch die staatlichen Volksschulen im Kindesalter nur die Elemente der Bildung zugänglich gemacht werden, dauernd Bildungstoff und Bildungsmittel zuzuführen, um sie in höherem Grade zu befähigen, ihre Aufgaben im Staate, in Gemeinde und Gesellschaft zu verstehen und zu bewältigen.“

§. II. „Die Gesellschaft sucht ihren Zweck zu erreichen durch: 1. Besprechung von Fragen der freien Volksbildung in öffentlichen Versammlungen der Gesellschaft; 2. Förderung und Unterstützung der bestehenden Bildungs- und ähnlicher Vereine bei Gründung von Fortbildungsschulen, von Büchersammlungen, Lesezimmern und dgl., bei Beschaffung von Lehrkräften, Vermittlung von Vorträgen, und bei Allem,

was sonst zur Erreichung der Vereinszwecke wünschenswerth ist; 3. Belebung des Interesses für die Aufgabe der Volksschule und des Sinnes für eine zeitgemäße Reform derselben; 4. Anregung und Unterstützung der Vereinsbildung in solchen Orten, wo es bis jetzt an Fortbildungsvereinen fehlt; 5. Hinwirkung auf eine Verbindung solcher Vereine, welche sich die Hebung der Volksbildung zur Aufgabe gestellt haben; 6. Gründung eines periodisch erscheinenden Vereinsorgans; 7. Abfassung und Verbreitung von Flugschriften, welche geeignet sind, die geistige und sittliche Entwicklung unseres Volkes zu fördern; 8. Aussendung von Wanderlehrern. —

Wir lassen auf diese zweite Generalversammlung sogleich die dritte diesjährige folgen, welche durch ihre Verhandlungen und die dabei noch erstatteten Berichte in erfreulichster Weise die Fortschritte bekundet, welche die Gesellschaft schon in ihrem zweiten Gesellschaftsjahre gemacht hat. Diese neueste Generalversammlung fand in Leipzig vom 5. — 7. Juli dieses Jahres statt. Dasselbst hatte sich in der Zwischenzeit ebenfalls ein Zweigverein gebildet, der für die Aufnahme der Gesellschaft alle nöthige Fürsorge traf. Von Seiten der Stadt ward die Versammlung durch eine herzliche Ansprache des Oberbürgermeisters Dr. Koch begrüßt. Dagegen nahm — in auffallendem Contrast zu dem was in Darmstadt geschehen war — die Regierung weder direct noch indirect von der Versammlung irgend welche Notiz. Einige Aufmerksamkeit von dieser Seite hätte vielleicht doch die Gesellschaft verdient! Sie hatte in ihrer vorjährigen Versammlung das neue sächsische Volksschulgesetz trotz seines confessionalistischen Charakters, der gewiß nicht nach ihrem Geschmacke war, dennoch wegen der darin angeordneten obligatorischen Fortbildungsschule sehr ehrenvoll erwähnt. Ferner geht einer ihrer Hauptzwecke dahin, den sozialistischen Verirrungen entgegenzuarbeiten, von denen ja gerade Sachsen so viel zu leiden hat. Freilich stehen an der Spitze der Gesellschaft bekannte Namen nicht bloß der Fortschrittspartei sondern auch der National-Liberalen, die in jenen Kreisen nun einmal einen üblen Klang haben!

Das diesjährige Programm war sehr reichhaltig, zu reichhaltig vielleicht, um das Einzelne mit gehöriger Muße durchzusprechen. Trotz der tüchtigen Leitung am ersten Tage durch Schulze-Delitzsch, am zweiten durch Franz Duncker, und obschon die meisten Reden sich knapp an die Sache hielten, mußte doch über manchen Punkt schneller hinweggegangen werden, als seine Wichtigkeit verdiente. Mit einer zündenden Ansprache in seiner gewohnten Weise eröffnete die eigentliche Verhandlung am 6. Juli Schulze-Delitzsch. „Die Machtstellung des neuen deutschen Reiches selbst“ sagte er, „erfordert Bildung, ebenso die Feindseligkeit gewisser finsterner Mächte gegen das Reich. Wir müssen die bedrohte geistige Kultur durchkämpfen und retten. Soldaten allein thun's nicht, Licht allein, mehr Licht vertreibt die Finsterniß. Dem Fanatismus blinder Menschen muß die Begeisterung freier Männer entgegen gesetzt werden. Aber Begeisterung erfordert Organisation, Begeisterung

allein ohne Organisation ist machtlos. Unsere Organisation ist selbstthätiges Zusammenwirken freier Willen, nicht blinde Unterordnung unter fremdes Regiment. Man sammle die materiellen und idealen Mittel zum Aufbau eines geistigen Baues, und die Drohung vom Steinchen wird sich im umgekehrten Sinne verwirklichen; der Bau der Geistesknechtschaft wird zerbröckeln und machtlos zerschellen an dem Bollwerke unseres jungen Reichs." — Ein längerer Vortrag des Dr. G. Hirth „über die Volksbildung als politische und sociale Frage“ sollte nur einleiten, nicht als Thema der Discussion dienen; doch kam man im Laufe der Verhandlungen auf manche Sätze des Vortrags zurück, namentlich auf den Satz, worin der Vortrag gipfelte, die Forderung eines Reichsschulgesetzes für Deutschland. Es folgten darauf der Geschäfts- und der Kassenbericht über das verflossene Jahr, welche beide über das Wachsthum sowohl der Mitgliederzahl als der Geldmittel der Gesellschaft sehr erfreuliche Angaben enthielten.

Die Gesellschaft zählt nach dem Jahresbericht über das Vereinsjahr 1872 — 1873) 12 Zweigvereine (Ribnitz, Darmstadt, Hamburg, Frankfurt a. M., Wiesbaden, Zittau, Friedberg, Göttingen, Barmen, Worms, Leipzig, Krefeld). 4 Provinzial- und Bezirksverbände (den märkisch-lausitzer, den pommerschen, den preussischen, den rheinisch-westphälischen); sie hat durch ihre Zweigvereine und körperschaftlichen Mitglieder 20 Fortbildungsschulen gegründet; sie hat eine Anzahl von Volksbibliotheken, dergleichen von Bildungsvereinen ins Leben gerufen, (von den „Wandervorträgen“ ward schon oben gesprochen); die Zahl ihrer körperschaftlichen Mitglieder (Handwerker, Bildungs- u. Vereine) hob sich von 158 auf 276; die Mitgliederzahl im Ganzen (wobei die Körperschaften immer nur als Einheiten gerechnet sind) stieg auf 2237 in Deutschland, 20 außerhalb Deutschland, in Summa 2257, die Einnahme betrug, einschließlich eines Kassenbestandes von 4687 Thlr. 8 Sgr. 10 Pf. — 12375 Thlr. 17 Sgr. 1 Pf. Die Ausgabe 4825 Thlr. 12 Sgr. 11 Pf. Die laufende Einnahme (an Beiträgen u. s. w.) stellte sich auf 7686 Thlr. 8 Sgr. 3 Pf., um 148 Thlr. höher als im Vorjahre, wobei zu berücksichtigen, daß bedeutende Summen von Mitgliederbeiträgen durch die fortschreitende Bildung von Zweigvereinen diesen zur eignen Verwendung überwiesen wurde, da die Zweigvereine nur einen Theil ihrer Einnahmen an die Centralkasse abgeben.

Hohes Interesse bot der sodann erstattete Bericht des von der Gesellschaft gewonnenen „Wanderlehrers“, Dr. Lindwurm, über seine Thätigkeit. Das Feuer, womit derselbe sprach, erweckte eine günstige Meinung von seiner Befähigung zum Wanderlehrer, zum Pionier der Volksbildung. Binnen 6 Monaten, vom 1. Jan. bis 30. Juni 1873, hat er 87 Vereine an 77 Orten besucht und darin Vorträge gehalten. Davon kommen auf die Mark Brandenburg und die Lausitz 13, die Neumark 3, die Uckermark 3, Vorpommern und Hinter-

pommern je 6, Mecklenburg 6, Westpreußen 6, Ostpreußen 7, Posen 5, Schlesien 3, Königreich Sachsen 9, Altenburg 3, Reuß 3, Weimar 1, Meiningen 3. Durch seine Mitwirkung entstanden 5 neue Vereine. Die Zahl seiner Vorträge belief sich auf 94. Die Bildungsbestrebungen, die er antraf, erschienen ihm am regsten da, wo noch am wenigsten dafür hatte geschehen können. An kleineren Orten waren die Vereine zu Bildungszwecken verhältnißmäßig stärker als in größeren. Die Betheiligung der Frauen, wo sie sich fand, erwies sich als für das Leben der Vereine sehr vortheilhaft. Geistige Regsamkeit meint der Redner, sei in den untern Klassen in hohem Maaße vorhanden, nur fehle es ihr häufig an der rechten Nahrung. Was das Volk vor Allem wolle, sei Belehrung über die Bedingungen seiner körperlichen, materiellen Existenz.

Als ein sehr erfreuliches Zeichen gemeinnütziger Theilnahme für die Bestrebungen der Gesellschaft konnte der Geschäftsführer dieser letzteren, Dr. Leibing, noch im Laufe der Sitzung mittheilen, wie ein in der Versammlung anwesender aber ungenannt bleiben wollender Freund der Volksbildung sich anheischig gemacht habe, zur Anstellung eines zweiten Wanderlehrers 2000 Thlr. entweder zu sammeln oder nöthigenfalls auch selbst aufzubringen.

A. Lammers aus Bremen berichtete sodann von der dort ins Leben gerufenen Organisation zur Verbreitung guter Volksliteratur und zur Beschaffung von Jugendbibliotheken. Ein Aktienunternehmen: „Nordwestdeutscher Volkschriften-Verlag“, ist von einem Kreise angesehener Männer in Oldenburg, Bremen, Lüneburg, Osnabrück, Hildesheim, projectirt und in Angriff genommen. Ein förmliches Verlagsgeschäft für Volkschriften (für dessen Betrieb ein junger unternehmender Buchhändler schon gewonnen ist), mit einem Neze localer Agenten zum Vertriebe derselben, soll eingerichtet werden. Eine mäßige Rente ist in Aussicht genommen, denn die „Geschäftsführung soll nicht glauben, mit geschenktem Gelde sorglos wirthschaften zu können“ und die Schöpfung soll nicht „eine ephemere sein“. Gute Unterhaltungsschriften sind zunächst ins Auge gefaßt, theils „um der ungeheuern Verbreitung von gemeinen Schauer- und Skandalerzählungen aller Art (die meist von Berlin und durch Colportage in Bewegung gesetzt wird) entgegenzuwirken“, theils um den Agenten Lust zum Vertriebe zu machen und das Publikum selbst an das Unternehmen zu fesseln. Damit will man den Weg bahnen zur Verbreitung anderer Schriften, die direkter auf Bildung abzwecken. „Aufklärung über gesundheitliche, wirthschaftliche, geschichtliche, naturwissenschaftliche, staatliche und kirchliche Fragen in jener allgemeinen Weise, die dem Glaubensbekenntniß aller liberalen und patriotischen Parteien gleichmäßig entspricht, kann in zweckmäßiger Form nicht früh genug in unsere Bevölkerung hineingetragen werden, wenn auch die Empfänglichkeit dafür erst mit der Zeit in den breitesten

Schichten derselben sich einstellen mag. *) Ein Kapital von 20,000 Thlr. in 400 Aktien mit 10—12 $\frac{1}{2}$ Thlr. per Aktie Anzahlung im ersten Jahre ist in Aussicht genommen. Der Verein wird seine Thätigkeit zunächst auf Bremen Oldenburg, Hannover begrenzen.

Sehr sinnreich ist die Organisation von Jugendbibliotheken, die man, ebenfalls von Bremen aus, mit bestem Erfolge begonnen hat. Der dortige Zweigverein der Gesellschaft hat bei wohlhabenden Familien Jugendschriften (zum Theil schon gebrauchte aber noch brauchbare) gesammelt. Er hat auf diesem Wege etwa 600 Stück erhalten, daraus 10 kleine Bibliotheken gemacht und diese an 10 Dorfschullehrer vertheilt. In etwa 2 Jahren werden diese Schriften unter der Dorfsjugend circulirt haben und können dann durch andere ersetzt werden. Diese beiden von Bremen aus (das stets in aller gemeinnützigen Thätigkeit ein lobenswerthes Beispiel gegeben) nicht bloß angeregten, sondern sogleich practisch in Angriff genommenen Ideen verdienen höchste Beachtung und werththätige Nachahmung.

Der Centralauschuß selbst hat bereits, in Verfolgung des gleichen Gedankens, mit einem Verleger einen Vertrag wegen Herausgabe von Volksbüchern geschlossen, denen man eine weite Verbreitung und einen besondern Absatz zu verschaffen hofft, so daß man auch Schriftsteller ersten Ranges für diese Sache der Volksbildung gewinnen könne. Die Versammlung konnte den wahren Bestrebungen der Bremenser und ihrer Genossen nur vollen Beifall spenden.

Nicht so einmüthig war sie bei dem folgenden Thema, vielmehr gab dieses zu lebhaften Discussionen Anlaß. Herr C. Wehl aus Frankfurt a. M. beantragte eine Resolution des Inhalts, daß nach Ansicht der Gesellschaft das ganze deutsche Schulwesen von den Universitäten herab bis mit den Volksschulen durch ein Reichsgesetz geregelt werden solle, also im Wesentlichen derselbe Gedanke nur in etwas anderer Form, den Hirth in seinem Einleitungsvortrag entwickelt hatte. Der Antrag wurde von einigen Rednern unterstützt, von mehreren bekämpft. Unterstützt aus idealen Gründen von Seyffardt-Grefeld und Kallen-Biberich, die nur auf diesem Wege die Volksschule zu ihrer gebührenden Stellung und Bedeutung gelangen zu sehen hoffen, und materiell von Rnaur-Gröbers, der davon eine gerechtere Vertheilung der Schullast erwartet.

Dagegen ward derselbe bekämpft theils aus Zweckmäßigkeitsgründen als unmuthmaßlich erfolglos (von Dr. Zehmen-Frankfurt), theils principieell als bedenklich für die Volksschule selbst, als dem deutschen Geiste und seiner sehr lobenswerthen Hinneigung zur communalen Selbstthätigkeit widersprechend.

*) So äußert sich das Flugblatt: „Nordwestdeutscher Volkschriftenverlag“, auf welches der Redner sich bezog.

In letzterem Sinne äußerten sich übereinstimmend die Herren Pache-Zittau, Biedermann-Leipzig, Duncker-Berlin.

Zu einer Abstimmung kam es nicht, vielmehr ward der Antrag zur Vorberathung für die nächste Generalversammlung an eine Commission verwiesen. Fast ohne Debatte wurden dann folgende Anträge der Herren Dr. Leibing, Gerold-Leipzig, und Weyl-Frankfurt angenommen:

„In Erwägung, daß in das Budget des preussischen Unterrichtsministeriums für 1874 die für die Unterstützung obligatorischer gewerblicher Fortbildungsschulen in der ganzen preussischen Monarchie erforderliche Summe aufgenommen werden solle, fordert der Centralausschuß alle seine persönlichen und körperschaftlichen Mitglieder auf, 1) in ganz Preußen an ihren Orten ungesäumt die nöthigen Schritte zur Einrichtung solcher Schulen zu thun, 2) in allen andern deutschen Staaten für Ergreifung und Durchführung gleicher Maßregeln einzutreten.“

und ferner:

„Es ist dahin zu wirken, daß in dem in Aussicht stehenden preussischen Unterrichts-gesetz die Fortbildungsschule als obligatorisches Institut aufgenommen werde.“

Damit schlossen die Verhandlungen des ersten Tages, an welche sich ein durch zahlreiche Toaste belebtes Festmahl anschloß.

Am zweiten Tage brachte Professor Dr. Schmidt-Schwarzenberg aus Erlangen eine sehr wichtige Frage zur Verhandlung, nämlich, wie der Verwahrlosung der Kinder, namentlich aus den untern Klassen außerhalb der Schulzeit zweckmäßig vorzubeugen sei. In Erlangen hat sich ein Verein gebildet, der in einer besonderen Anstalt sich der sittlichen und geistigen Pflege solcher Kinder annimmt, die von den Ihrigen vernachlässigt werden. Die Kinder erhalten daselbst Brod, auch wenn nöthig Kleider, machen ihre Schularbeiten unter Aufsicht, werden aber auch spazieren geführt und dabei unterrichtet. Die Anstalt steht unter Leitung eines tüchtigen für die Sache begeisterten Schulmannes. Die Kinder in der Anstalt unterscheiden sich vortheilhaft von den „Gassenbuben“. Der Gedanke fand allseitig Anklang und der zu seiner Verwirklichung gemachte Anfang Anerkennung. Von zwei Seiten her (Lehrer Bösch-Nummelsburg und Professor Biedermann-Leipzig) ward daran erinnert, wie schon vorlängst durch Wehrli in der Schweiz, ferner durch die große Anstalt zu Ruysselede in Belgien, hier und da auch in Deutschland für die sittliche und geistige Hebung verwahrloster oder alleinstehender Kinder erfolgreich gewirkt worden sei durch die sog. Erziehung zur Arbeit d. h. die Betreibung von allerhand technisch-mechanischen Beschäftigungen (Gartenbau, Flechten, Drechseln u. s. w.), durch welche nicht nur Hand und Auge geübt, sondern auch der Ordnungssinn und die Lust an der Arbeit u. s. w. gewahrt und genährt werde. Ueber ähnliche in England gemachte Erfahrungen berichtet Dr. Max Hirsch-Berlin. Lehrer Rind-Stettin würde für eine solche Er-

ziehung der Kinder gern den Nachmittagsunterricht in der Schule, der soviel Mißliches habe, daran geben. Professor Biedermann sieht darin ein Mittel, um die oft sehr unzweckmäßige Hausarbeit zu ersetzen. Dr. Schuster-Leipzig möchte die Aufmerksamkeit der Gesellschaft auf den Kindergarten lenken.

Man einigt sich schließlich auf folgenden von den Herren Biedermann und Parisius-Gardelegen combinirten Antrag:

„Die Generalversammlung beauftragt die Schulcommission damit, die durch den Vortrag des Herrn Prof. Schmidt angeregte, durch die darauf gefolgte Debatte weiter entwickelte Frage betreffs der Erziehung der Kinder, die von ihren Eltern überhaupt oder außerhalb der Schulzeit vernachlässigt werden, näher zu erörtern, und für eine praktische Ausführung reif zu machen, bzw. der nächsten Generalversammlung Bericht darüber zu erstatten.“

Eine andere interessante Debatte entspann sich über zwei gleichzeitig gestellte und sich gegenseitig ergänzende Anträge, den von Pache-Bittau auf Beschaffung einer Anzahl geeigneter Männer, die sich zu belehrenden Vorträgen in Bildungsvereinen im Umkreis ihrer Wohnorte (gegen Erstattung der Reisekosten) verpflichten, und einen anderen durch die Herren Julius Moser und August Heine im Auftrage des Halberstädter Handwerker-Gewerkvereins gestellten dahin gehend: „Der Centralauschuß möge für geeignete Organisation sorgen, die eine regelmäßige Wiederverkehr von Vorträgen in jedem Verein möglich machen.“

Das doppelte Bedürfniß — dies ward von unsern Rednern anerkannt — erheischt eine zweifache Art der Befriedigung. In den Bildungscentren, den größern Städten, wird es möglich sein, eine Zahl von Männern zu gewinnen, die nicht nur am Orte, sondern auch in einer Entfernung von 5 — 10 Meilen in Bildungs- und a. dergl. Vereinen von Zeit zu Zeit Vorträge halten. Dabei wies Biedermann-Leipzig darauf hin, wie wichtig es sei, den Vereinen möglichst zusammenhängende Vorträge über einen bestimmten Gegenstand (z. B. eine größere Geschichtsperiode, ein naturwissenschaftliches Gebiet u. dgl.) zu verschaffen. Das bloße Naschen, wenn heute dieses, in acht Tagen ein davon ganz verschiedenes Thema abgehandelt, und so immer fort wechselnd und stückweise gelehrt werde, erzeuge leicht bloße Scheinbildung und eine bedenkliche Unstätigkeit des Bildungstriebes. Es empfehle sich daher, gemäß der Namens des Centralauschusses von Duncker gemachten Andeutung, auf die Errichtung gemeinsamer „Bildungshallen“ in großen Städten hinzuwirken, wo die Mitglieder unserer Vereine gleichzeitig und gemeinsam ihr Bildungsbedürfniß befriedigen könnten.

Mit großem Interesse hörte die Versammlung einen sehr lebendigen und anschaulichen Bericht des Herrn Heine aus Halberstadt an, der nachwies, wie der dortige Verein Wanderlehrer sozusagen auf gemeinschaftliche Kosten be-

schafft habe, indem er durch Circular eine ganze Anzahl von Männern in verschiedenen Städten veranlaßt, zusammenzutreten und durch Darbietung entsprechender Honorare, je nach der Größe der einzelnen Vereine soviel aufzubringen, daß dafür ein tüchtiger Redner zur Abhaltung von Vorträgen der Reihe nach in allen diesen Vereinen gewonnen werden konnte. Die Versammlung trug beiden Anträgen Rechnung, indem sie beschloß:

1) „Der Centralauschuß wolle eine Liste von Männern aufstellen und veröffentlichen, welche auf Ersuchen von Organen und corporativen Mitgliedern der Gesellschaft gegen Erstattung der Reisekosten, eventuell gegen Honorar, in Bildungsvereinen Vorträge zu halten bereit sind.

2) „Der Centralauschuß, die Zweigvereine, die Bezirks- und Provinzialverbände werden aufgefordert, den Austausch der Lehrkräfte zu Vorträgen in Orten mit Bildungsvereinen zu fördern.“

Dr. Gareis-Würzburg besprach in einem gedankenreichen Vortrage die Nothwendigkeit passender Lehrbücher für den Unterricht in der deutschen Geschichte, der Staatslehre und der Landwirthschaft zum Gebrauche für Fortbildungsschulen. In allen diesen Fächern sähe es mit dem wirklichen Verstandniß in dergleichen Anstalten, (wo solche beständen) ziemlich dürftig aus. Redner gab zu, daß die Schwierigkeit der Behandlung und des Vortrags gerade solcher Materien vor einem nicht methodisch geschulten Publikum groß sei. Um so mehr halte er es für dringlich, den Lehrern selbst wie den Schülern diese Schwierigkeit dadurch zu erleichtern, daß man ihnen kurze, allgemein verständliche Leitfäden für die gedachten Wissenschaften in die Hand gäbe. Redner skizzirt seine Ansichten darüber, wie er sich z. B. den Geschichtsunterricht anschaulich und fruchtbar gemacht denke. Durch Verbindung desselben mit dem Geographie-Unterricht, durch Anheben vom Nächstliegenden, statt vom Fernsten, mit retrospectivem Nachholen des Früheren u. s. w. Die Debatte über diesen Vortrag ging, wie nicht anders sein konnte, auf die Möglichkeiten und Methoden eines an Mindervorgebildete zu ertheilenden Unterrichts in Geschichte, Staatslehre, Volks- und Landwirthschaft im allgemeinen ein. Besonders über den geschichtlichen Unterricht sprach ausführlich Biedermann-Leipzig. Er habe seine Ideen darüber schon vor zehn oder zwölf Jahren in einem besonderen Schriftchen entwickelt, das vielfach Aufmerksamkeit, hier und da sogar, wie er vernommen, praktische Anwendung gefunden habe. Den Ansichten des Vorredners der Verbindung des geschichtlichen und geographischen Unterrichtes, sowie der retrospectiven Behandlung des ersteren sich anschließend, führte er beides näher aus und vertrat die Richtigkeit dieser Methode auf Grund der Erfahrung, die er selbst damit in Gesellen- und Handwerkervereinen gemacht habe. Besonders empfahl er dabei den Gebrauch von Wandtafeln aus Wachspapier, auf denen der Lehrer die einzelnen geschichtlichen, na-

mentlich kulturgeschichtlichen Momente, wie sie nach einander hervortreten, (z. B. die Errichtung von Städten, die Bildung und Verzweigung bestimmter Verkehrswege von Land zu Land, die Vertheilung und Verschiebung der Bevölkerungen, der Stämme, die Vergrößerung oder Verkleinerung der verschiedenen Staaten u. dergl. m.) anschaulich markiren, gleichsam vor den Augen der Schüler selbst entstehen lassen könne. Natürlich müsse bei diesem Unterricht, wie überhaupt beim Geschichtsunterricht auf Schulen, das kulturgeschichtliche Moment überall im Vordergrunde stehen und ganz vorzugsweise berücksichtigt werden.

Auf den Vorschlag der Herrn Duden und Dr. Leibing werden die beiden Vorredner, Gareis und Biedermann, ersucht, ihre Ansichten über die Art der abzufassenden Lehrbücher einer Commission des Centralauschusses näher zu detailliren, überhaupt mit ihr wegen Ausführbarkeit, eventuell Ausführung des Gareis'schen Planes ins Einvernehmen zu treten. Beide erklärten sich dazu bereit. Mit dieser Modalität spricht sich die Versammlung für den Gareis'schen Antrag aus, nachdem noch das Wort „Staatslehre“ darin mit der passender erscheinenden „Verfassungs- und Gesetzeskunde“ vertauscht worden ist.

Der letzte Gegenstand der Sitzung des zweiten Tages und damit dieser dritten Generalversammlung der Gesellschaft überhaupt, war ein Vortrag des bekannten Wortführers der Gewerkvereine, Dr. Max Hirsch, über „Volkswirtschaftslehre und Volksbildung“. Die Volkswirtschaftslehre, führte er aus, müsse dem Volke näher gebracht werden, denn ihre Lehren, auch die einfachsten und anerkanntesten, seien in weiteren Kreisen noch unbekannt oder doch unverstanden, und daher gelänge es den socialistischen Agitatoren so leicht, die Massen für ihre Utopien zu entflammen. Beiläufig sprach er die Ansicht aus: man werde den Socialisten um so wirksamer entgegentreten, wenn man das wirklich Wahre an ihren Behauptungen (z. B. gewisse Mißstände unseres heutigen wirtschaftlichen und socialen Lebens) unumwunden zugestehet, wie dies die Gewerkvereine und die Kathedersocialisten thäten. (Nur diese?) Daß die Volkswirtschaftslehre auch für minder Gebildete faßlich dargestellt werden könne, hätten in Deutschland freilich erst Wenige, aber immerhin doch Einige, z. B. Schulze-Delitzsch, gezeigt. Redner schließt mit der Forderung einer Einführung der Volkswirtschaftslehre mindestens in die obligatorische Fortbildungsschule, sowie in die Bildungsvereine. Der Antrag fand Beifall, aber auch Widerspruch. Der Reichstagsabgeordnete, Prof. Birnbaum-Plagwitz (Lehrer der Landwirtschaft an der Universität Leipzig) hält die Einführung der Volkswirtschaftslehre in die Volksschule für unthunlich, befürwortet dagegen ihre Aufnahme in die Fortbildungsschulen und die Bildungsvereine, worin sich ihm Dr. Hirsch anschließt.

Leuschner und Duden wollen die Volkswirthschaftslehre jedenfalls in das allgemeine Programm der Volksbildung aufgenommen wissen, wenn auch nur, wie Leuschner meint, ihren Hauptpunkten nach als „Kulturkunde“. Franke-Leipzig weist (wohl sehr richtig) darauf hin, daß vor Allem den Lehrern selbst das Verständniß der Volkswirthschaftslehre erschlossen werden müsse. Eine eigentliche Abstimmung über diese Frage fand nicht statt.

Der Vorsitzende, Franz Dunder schloß die dritte Generalversammlung der Gesellschaft mit den Worten: „Die Sache des Vereins ist ebenso eine Sache des Volkes wie der Spitzen des Staates — es ist die Sache der nationalen Erziehung!“

Auch wir schließen mit diesem Wahrspruch den vorstehenden Artikel, der mittelst einer einfachen und ungeschmückten Schilderung dessen, was die Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung erstrebt, in Angriff genommen, beziehungsweise schon ins Leben gerufen hat, die Sache der Volksbildung und also auch die der Gesellschaft zu deren Verbreitung allen Freunden des Volkes, des Vaterlandes, der Menschheit recht dringend ans Herz zu legen beabsichtigt.

Die deutsche Presse im Fall Werner.

Selten hat der größte Theil der deutschen Tagespresse der deutschen Staatsleitung gegenüber für einen Einzelnen lebhafter Partei ergriffen, als für den abberufenen Kapitän Werner. Mit Leidenschaft ist von Anfang an in vielen Organen die Behauptung aufgestellt, und seither hartnäckig festgehalten worden, die Reichsregierung habe durch ihr Verhalten deutsche Interessen geschädigt, sie sei dem Verletzten, wie der empörten öffentlichen Meinung Genugthuung schuldig u. s. w. Als ich zuerst von diesen Anklagen las, befand ich mich im Auslande. Die Freude des Auslandes über diese Haltung unserer Tagespresse war unverkennbare Schadenfreude, und weit lebendiger, als jenes angebliche Behagen des Auslandes an der Abberufung des Kapitän Werner, welches die Ankläger unserer Reichsregierung fingirten. Warum sollten auch unsere Feinde sich nicht darüber freuen? Zum ersten Mal seit Errichtung des deutschen Reiches haderten auch gutgesinnte, maßvolle Blätter in recht grober und heftiger Weise mit dem Kanzler. Es war schwer, namentlich aus ausländischen Zeitungsauszügen, eine Begründung der Anklage in den verworrenen Vorwürfen zu finden, die von deutschen Journalisten gegen das Haupt der deutschen Politik geschleudert wurden.